



Bundesamt für Sport
z.Hd. Stefanie Mägert
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Bern, 29. Oktober 2012

Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der Vernehmlassung zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 haben Sie die Grüne Partei zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur genannten Vorlage äussern zu können.

Sportliche Grossveranstaltungen in den Alpen laufen kaum je nachhaltig ab. Sie führen durch zeitliche und örtliche Massierung von Menschen zwangsläufig zu einer hohen Belastung und zu Beeinträchtigungen für Umwelt und Gesellschaft. Um diesen Effekt im erforderlichen Ausmass zu vermindern, müsste die Ausgestaltung olympischer Spiele von Grund auf verändert werden. Glaubhafte Zeichen zu einer diesbezüglichen Bereitschaft auf Seiten des massgeblich bestimmenden Internationalen Olympischen Komitees können aufgrund der heute vorliegenden Erfahrungen und Dokumente jedoch nicht ausgemacht werden. Aus diesem Grund lehnen wir olympische Winterspiele in der Schweiz wegen mangelnder Nachhaltigkeit heute grundsätzlich ab. Wird dennoch auf die Vorlage eingetreten, muss der entsprechende Bundesbeschluss dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Die Grünen begrüssen Vorhaben zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums. So auch den vom Verein Graubünden 2022 angestossenen Prozess „Nachhaltigkeit – Innovation – Vermächtnis“. Ein solches Vorhaben soll jedoch unabhängig von einer Olympiakandidatur realisiert und nicht durch unvorhersehbare Entwicklungen beeinträchtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Regula Rytz
Co-Präsidentin

Urs Scheuss
Fachsekretär

Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022; Vernehmlassung

Antwort der Grünen Partei der Schweiz

Einleitend

Bewegung im Freien und sportliche Betätigung sind aufgrund verschiedener positiver Auswirkungen auf die Gesellschaft grundsätzlich zu begrüßen. Sportliche Veranstaltungen können dazu beitragen, über Vorbildwirkung und Nachahmungseffekte das Bewegungsverhalten der Bevölkerung positiv zu beeinflussen.

Mit Verweis auf positive Wirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft wurden seit dem Jahr 2000 regelmässig Kandidaturen für olympische Winterspiele in den Alpen aufgebaut (Sion 2002 und 2006, Salzburg 2010 und 2014, München und Annecy 2018). Die Grünen sind der Ansicht, dass mit der heute üblichen Art von olympischen Winterspielen keine nachhaltige sportliche Grossveranstaltung in den Alpen durchgeführt werden kann. Dies ist auch im Fall der heute bekannten Eckwerte der Kandidatur „Graubünden 2022“ nicht anders. Gegen die Olympiakandidatur sprechen die vorgegebenen organisatorischen Rahmenbedingungen sowie die spezifischen topografischen Verhältnisse im Alpenraum.

Für das Ausmass der Auswirkungen ist die Grösse einer Veranstaltung ein zentrales Element. Im Fall von olympischen Winterspielen ist die Grössenordnung als Rahmenwert bekannt: Die mit jeder Austragung steigende hohe Zahl an teilnehmenden SportlerInnen, FunktionärInnen und HelferInnen sowie die Anzahl der durchzuführenden Wettbewerbe führen zu einem Ausmass an Belastung für Umwelt und Gesellschaft, das kaum vermindert werden kann. Der Alpenraum ist wenig geeignet, um Grossveranstaltungen dieser Art auf räumlich begrenztem Gebiet auf nachhaltige Weise durchzuführen. Dies gilt umso mehr, als aufgrund der Lage der Austragungsorte verkehrstechnisch und raumplanerisch grosse Herausforderungen zu bewältigen sind.

Zu einzelnen Aspekten äussern wir uns wie folgt:

Formelles

Zur seriösen Beurteilung eines derart komplexen und umfangreichen Vorhabens müssen erstens die Unterlagen umfassend eingesehen werden können. Die vorliegenden Dokumente und Aussagen zum geplanten Vorhaben erfüllen diese Voraussetzung nicht. Stattdessen wird im erläuternden Bericht zum geplanten Kreditantrag vielfach auf Erkenntnisse aus Konzepten, Studien und Abklärungen abgestützt, welche jedoch mit Verweis auf Urheberrechte auch auf Nachfrage nicht verfügbar gemacht werden.

Erschwerend sind zweitens das konferenzielle Vernehmlassungsverfahren und die damit zusammenhängende kurze Frist zur Stellungnahme.

Nachhaltige Erneuerung der olympischen Winterspiele ist nicht gewährleistet

Aus den vergangenen olympischen Winterspielen liegen umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen vor. Diese zeigen eindeutig eine Entwicklung, die mit dem für die Kandidatur „Graubünden 2022“ beschriebenen Vorhaben nicht in Einklang gebracht werden kann. Eine neue Bewerbung muss glaubhaft und nachweisbar belegen, weshalb gerade eine

Kandidatur in der Schweiz zu einem grundsätzlichen Wandel und „neuen“ Spielen führen sollte. Im erläuternden Bericht fehlen dazu jedoch die notwendigen Anhaltspunkte. Er enthält verschiedene Annahmen und grundsätzliche Aussagen, deren Zustandekommen nicht als gesichert beurteilt werden kann, wie folgende Beispiele zeigen:

- Der Bundesrat spricht von der gesellschaftspolitischen Bedeutung und vom Potential olympischer Winterspiele, nachhaltige Veränderungen einzuleiten. Er unterlässt es jedoch darzulegen, an welche Art von Veränderung er dabei denkt.
- Im erläuternden Bericht ist der dauerhafte Nutzen erwähnt, der trotz hoher Kosten mit der Durchführung umsichtig veranstalteter Winterspiele verbunden sei. Bei der relativ nüchtern gehaltenen Vorstellung des Beurteilungsverfahrens des Internationalen Olympischen Komitees für das Kandidaturdossier werden Begriffe wie „Spielraum“ und „hohe Beurteilungsflexibilität“ verwendet. Insgesamt lässt sich jedoch kaum erkennen, inwieweit der Bundesrat der Kandidatur bereits heute Erfolgchancen einräumt. Dies müsste er jedoch vor dem Beantragen von Ausgaben darlegen, zumal er bereits einschränkend darauf hinweist, dass die Schweiz aufgrund der Ausgangslage nur mit einer „an den schweizerischen Verhältnissen und Gegebenheiten ausgerichteten Kandidatur“ erfolgreich sein könne.
- Der erläuternde Bericht weist darauf hin, es gelte in Rechnung zu stellen, dass „die heute zur Diskussion stehenden Lösungsansätze bei der Erarbeitung der Detailkonzepte wesentliche Änderungen erfahren können“. Es wird hier jedoch unterlassen, diese generelle Aussage zumindest dahingehend einzuschränken, dass Rahmen und Ausmass möglicher Änderungen festgelegt sind. So kann die Aussage nur so verstanden werden, dass „Generalvollmachten“ erteilt werden.
- Obwohl erwähnt wird, dass die Verkehrssysteme „nahe an ihre Kapazitätsgrenzen“ geraten würden und „die Abwicklung des Verkehrs ... daher noch mit etlichen Risiken“ behaftet sei, zeigen erste Machbarkeitsstudien für den Bundesrat anscheinend in genügend vertrauenswürdiger Art und Weise auf, dass die überörtlichen Transporte „... mit dem öffentlichen Verkehr gewährleistet werden können“. Es stellt sich hier die Frage, wie an Spitzentagen die Passagiere von 1'470 Bussen (pro Richtung) bei ungünstigen Witterungsverhältnissen auf gastfreundliche Art rechtzeitig am Bestimmungsort ankommen sollen. Wenn bereits davon ausgegangen wird, dass bei den gegebenen Platzverhältnissen „nicht alle Vorgaben des Internationalen Olympischen Komitees, wie zum Beispiel separate Fahrspuren für die olympische Familie“ erfüllt werden können, fehlen im erläuternden Bericht genügend aussagekräftige Angaben und Garantien zum Bereich Flugverkehr (z.B. betreffend Helikopterfliegerei, Flugplatz Samedan).

Es versteht sich von selbst, dass bei derart gigantischen Grossanlässen wie olympischen Spielen nicht alle Unsicherheiten bereits von Beginn weg ausgeräumt werden können. Es ist jedoch die Gesamtheit der zu wenig verbindlichen und nicht zweifelsfrei feststehenden Punkte, welche in der Summe dazu führt, dass die Verwendung öffentlicher Mittel für ein nicht nachhaltiges Vorhaben in Zeiten von angespannter wirtschaftlicher Lage und Sparbemühungen keinesfalls befürwortet werden kann. Denn es darf der Bevölkerung nicht zugemutet werden, mit einer „Katze im Sack“ allenfalls eine Hypothek für die Zukunft annehmen zu müssen.

Widersprüchliche Image- und Tourismusförderung

Die Grünen setzen sich für einen zukunftsfähigen, ökologisch und sozial ausgerichteten Tourismus ein. Aus diesem Grund unterstützen sie flächendeckende, niederschwellige

und lokal gut verankerte Angebote. Als Ergänzung zur stark vom Alpin-Skibetrieb abhängigen Wintersaison ist eine Stärkung des Sommertourismus angebracht. Die Strategie zur Stärkung der Sommerangebote ist – unter anderem als Reaktion auf den Klimawandel – seit einigen Jahren auch bei Schweiz Tourismus zu erkennen. Es ist daher fraglich, wie weit für eine Schweiz, der im erläuternden Bericht „Wettbewerbsvorteil“ attestiert wird, das „Image als Wintertourismusland“ zusätzlich gestärkt werden soll.

Anliegen von Umwelt und Nachhaltigkeit sind unabhängig von Olympia-Kandidatur

In einer demokratischen Gesellschaft ist es selbstverständlich, dass bestehende Regeln und gesetzliche Grundlagen eingehalten werden. Es befremdet daher sehr, wenn der Bundesrat im erläuternden Bericht speziell darauf hinweisen muss, dass „die bestehenden und neu zu bauenden Infrastrukturen ... den Anforderungen der Umweltschutzgesetzgebung“ genügen werden.

Gleichzeitig sieht der Bundesrat die im Aufbau befindliche Kandidatur als „Bekenntnis zur Nachhaltigkeit“. Damit die Durchführung der Spiele „höchsten Standards“ entspricht, sollen „die Natur- und Landschaftswerte geschützt und ökologisch vorbildliche Infrastrukturen“ geschaffen werden. Im Widerspruch dazu steht, dass der Bundesrat von der „Prüfung und Realisierung von substantiellen Ausgabenreduktionen“ als vordergründiger Aufgabe spricht.

Der Versuch, eine Veranstaltung wie die olympischen Winterspiele zu einem Vorhaben zu machen, bei welchen nicht nur Sport und Vermarktung, sondern auch eine dauerhafte nachhaltige Entwicklung der Berggebiete mit im Zentrum steht, ist mit ausserordentlich vielen Unsicherheiten behaftet. Es besteht aber dadurch ein erhebliches Risiko des Scheiterns einer Kandidatur, dass sich der Einsatz der geplanten öffentlichen Mittel nicht rechtfertigen lässt. Es erstaunt nicht, dass in der Vergangenheit Versuche, an Stelle des Internationalen Olympischen Komitees Lösungen für eine nachhaltige Durchführung olympischer Spiele zu entwickeln, immer gescheitert sind.

Belange von Umwelt und Nachhaltigkeit sind themenübergreifend. Für ein nachhaltiges Projekt wäre es deshalb von grösster Bedeutung, dass zumindest die dafür verantwortliche Stelle als Querschnittsfunktion im Organigramm der Kandidatur angesiedelt ist, damit eine umfassende Berücksichtigung aller Aspekte der Nachhaltigkeit überhaupt sichergestellt werden kann.

Die Grünen erachten die Absicht, einen umfassenden Entwicklungsprozess zu starten, der verschiedene Herausforderungen thematisieren und Antworten zur „Zukunft“ in den Alpen liefern soll grundsätzlich begrüssenswert. Dieser Prozess soll aber nicht von einer Olympia-Kandidatur abhängig gemacht werden.

Ausbau der Wintersport- und Verkehrsinfrastruktur nicht gefährdet

Der erläuternde Bericht verweist auf die positive Wirkung, welche mit der Verwirklichung verschiedener Infrastrukturvorhaben entstehe. Die Schweiz werde nach den olympischen Spielen „... über eine international wettbewerbsfähige Wintersport-Infrastruktur verfügen ...“. Diese Aussage steht im Widerspruch zur Einschätzung, dass bereits eine gut ausgebaute Wintersport-Infrastruktur vorhanden ist, welche sich auch „bei der Durchführung internationaler Veranstaltungen bewährt hat“ und der Tatsache, dass die temporären Bauten und Anlagen wieder rückgebaut werden sollen. Im Fall von Ausbau bestehender Infrastrukturen gibt es in gewissen Fällen keine Möglichkeit, dies

„ökologisch vorbildlich“ durchzuführen. Dies trifft insbesondere auf allfällige Beschneiungsanlagen zu, zu welchen kaum Aussagen vorliegen.

Im Falle der Verkehrsinfrastruktur hängen die erwähnten Vorhaben zu einem beachtlichen Teil nicht mit den olympischen Spielen zusammen, und ihr öffentlicher Nutzen ist auch bei einem Verzicht auf eine Kandidatur nicht gefährdet. Wie auch im Fall privater Infrastrukturvorhaben ist die Realisierung jedoch von nicht fest vorausplanbaren Faktoren wie der finanziellen Lage und politischen Beschlüssen abhängig. Olympische Winterspiele bringen daher an Stelle vorgezogener Infrastrukturprojekte vor allem Eines: Erhöhte Bautätigkeit mit zusätzlicher Lärm- und Luftbelastung.

Finanzielles Risiko

Wie die Erfahrungen aus vergangenen olympischen Spielen zeigen, stiegen die Gesamtkosten mit wachsender Grösse des Anlasses stetig an. Auch wenn der Bundesrat – wie bereits erwähnt – von der „Prüfung und Realisierung von substantiellen Ausgabenreduktionen“ als vordergründiger Aufgabe spricht, gibt es mit Blick auf Bedingungen und Ansprüche keine Gründe davon auszugehen, dass die tatsächlich anfallenden Kosten nicht höher sein werden. Dies dürfte umso mehr zutreffen, wenn den Versprechungen nach besonders nachhaltigen Spielen Rechnung getragen wird.

Im erläuternden Bericht wird auch auf private Investitionen verwiesen. Es fehlen jedoch Garantien, dass diese auch tatsächlich getätigt werden und Hinweise, ob und in welchem Rahmen allenfalls mit Zusatzkosten für die Kandidatur zu rechnen ist.

Vergleiche mit olympischen Spielen, welche in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts stattgefunden haben, sind unpassend. In Anbetracht der heutigen Herausforderungen in einem veränderten Tourismusumfeld wirken Hinweise auf vergangene „erfolgreiche Zeiten“ eher hilflos. Die bisherigen Erfahrungen aus den letzten Austragungen zeigen, dass die Erwartungen an die Wertschöpfung und den längerfristigen Nutzen überschätzt werden.